



Sessionsbericht

Nr. 4 / Herbst 2018

Ihr EVP Team im Nationalrat

Marianne Streiff BE marianne.streiff@parl.ch 079 664 74 57
Nik Gugger ZH nik.gugger@parl.ch 079 385 35 35

Liebe Leserinnen und Leser

Gehören Sie auch zu jenen Interessierten, die am Schluss jeder Sessionswoche in den News* der EVP CH das jeweilige Video von uns beiden EVP Ratsmitgliedern anschauen? Dann haben Sie schon mitbekommen, wie intensiv und herausfordernd diese Herbstsession verlief. Erfreuliches, Ärgerliches, der Rücktritt zweier Bundesratsmitglieder. Die Palette reicht weit. Ein paar Einblicke geben wir Ihnen gerne mit diesem Bericht. Danke für Ihr Interesse!

*<https://www.evppev.ch/aktuell/news/>

Steuervorlage 17 - Die „Suppe“ ist angerichtet

Die Steuervorlage 17 - nach BR Ueli Maurer eine der wichtigsten Vorlagen in dieser Legislatur - hat die Hürde durch das Parlament geschafft. Dafür brauchte es einen breit abgestützten Kompromiss: Ein mutiger für die einen, ein fauler für die anderen. Die Verknüpfung der Unternehmenssteuerreform mit der Finanzierung der AHV ist für verschiedene Parteien und Gruppierungen unverantwortlich. Die Schweiz kommt jedoch nicht umhin, bald eine mehrheitsfähige und tragfähige Vorlage zu beschliessen. Grosse Verbände wie Economiesuisse und Gewerbeverband sowie breite Teile der Linken stellten sich hinter diesen Kompromiss. Von eminenter Bedeutung ist eine mehrheitsfähige Lösung auch für den Wirtschaftsstandort Schweiz, für die Arbeitsplätze sowie für das Steuersubstrat. Am meisten Widerstand kam von der SVP. Ihrer Meinung nach braucht es in der Steuervorlage 17 keinen sozialen Ausgleich. Die Mehrheit des Nationalrats jedoch will die Fehler der Unternehmenssteuerreform III nicht wiederholen. Auch Finanzminister Ueli Maurer sagte, er wolle nicht zweimal mit dem Kopf gegen die gleiche Wand rennen. Viel zu reden gab beispielsweise die «Gemeindeklausel». Die Kantone müssen die Folgen der Steuerreform den Gemeinden angemessen «abgelten», statt dass sie die Folgen für die Gemeinden nur angemessen «berücksichtigen» müssen, wie der Bundesrat vorgeschlagen hatte.

Ueli Maurer vertrat „seine“ Vorlage mit leidenschaftlicher Überzeugung und bewundernswerter Eloquenz. Ob es über die Steuervorlage 17 zu einer



<i>In diesem Bericht:</i>	<i>Seite</i>
<i>Steuervorlage 17</i>	<i>1</i>
<i>Bussen, Steuerabzüge</i>	<i>2</i>
<i>Ergänzungsleistungen</i>	<i>2</i>
<i>Kantonale Wahlsysteme</i>	<i>3</i>
<i>Gleichstellungsgesetz</i>	<i>3</i>
<i>Tabakwerbung, Motion Nik</i>	<i>4</i>
<i>Cannabisstudie</i>	<i>4</i>
<i>Waffenexportverbot</i>	<i>5</i>
<i>Einbürgerungen</i>	<i>6</i>
<i>Freundschaftsgruppen</i>	<i>6</i>



Volksabstimmung kommt, steht noch nicht fest. Beiden Lagern stünde Schwerstarbeit bevor, um dem Volk schmackhaft zu machen, weshalb es diese zutatenreiche Suppe auslöffeln sollte oder eben nicht. Wir von der EVP stimmten letztlich der Vorlage zu und unterstützen diesen Kompromiss.

Auslandbussen abzugsberechtigt ! ??

Schweizer Unternehmen sollen ausländische Bussen und Geldstrafen unter bestimmten Bedingungen von den Steuern abziehen dürfen. Das verlangt der Nationalrat. Er folgte damit der Mehrheit seiner Kommission. Die Regierung und die kleine Kammer hatten anders entschieden. Die EVP gehört hier klar zu den Gegnern der Vorlage. Diese argumentierten leider vergeblich, damit müsse die Allgemeinheit für Millionenbussen aufkommen, die sich Unternehmen durch rechtswidriges Verhalten eingehandelt hätten. Auch Finanzminister Ueli Maurer warnte: es könnte internationale Probleme geben. Aus seiner Sicht sei eine solche Regelung zudem nicht praktikabel. Denn nun müssten die Schweizer Steuerbehörden künftig prüfen, ob ausländische Bussen für Schweizer Firmen auch aus Sicht des hiesigen Rechts vernünftig sind. Die Vorlage geht nun zurück an den Ständerat.

Ergänzungsleistungen

Der Ständerat hatte die verheerenden Entscheide des Nationalrats aus der Frühlingssession bei der EL-Reform korrigiert. Die Mietzinsmaxima sollen, wie vom Bundesrat vorgeschlagen, erhöht werden, was seit Jahren überfällig ist. Auch sollen künftig ältere Arbeitslose in ihrer Pensionskasse verbleiben dürfen.

Bisher konnte ein Ehepaar mit Ergänzungsleistungen maximal 1250 Franken für die Wohnungsmiete anmelden. Dieser Betrag wurde seit Jahren nicht mehr angepasst und bildet nicht mehr die Realität der steigenden Wohnungsmieten ab. Daher ist eine Erhöhung der Mietzinsmaxima längst überfällig.

Dieser hat nun der Ständerat im Gegensatz zum Nationalrat in der Frühlingssession entsprochen.

Wir von der EVP stimmten dafür, dass die Leistungen der EL für die Existenzsicherung erhalten werden müssen. Es darf kein Nebeneinander von EL und Sozialhilfe geben. Mit den bisherigen Beschlüssen des Nationalrats wäre dies jedoch der Fall gewesen. Wir stimmten auf der Linie des Ständerates und vertraten folgenden Standpunkt: Seit 2001 sind die Mietzinsen im Durchschnitt um fast 25 Prozent angestiegen. Die anrechenbaren Mietzinsmaxima müssen dringend erhöht und an diese steigenden Mietzinse angepasst werden.

Einzig bei der Senkung der Beiträge für den Lebensbedarf von Kindern folgten wir nicht dem Ständerat. Diese Kinder sollen trotz EL-Bezug der Eltern nicht unter prekären Bedingungen aufwachsen müssen. Hier unterlagen wir und wären dankbar gewesen, wenn die Nationalräte und Ständeräte Herz gezeigt hätten.



Kantone: Wahlfreiheit des Wahlsystems

Das Parlament will den Kantonen freie Hand lassen in der Frage, wie sie ihre Behörden wählen. Nach dem Ständerat hat sich auch der Nationalrat im Grundsatz einverstanden gezeigt. Zwei gleichlautende Standesinitiativen aus Uri und Zug verlangen, dass sie selber entscheiden können, welches Wahlsystem sie anwenden wollen. Ihre Souveränität beim Wahlverfahren für kantonale Behörden soll unangetastet bleiben, fordern die beiden Stände. Sie argumentieren, die Entscheide des Bundesgerichtes würden ihren Spielraum bei der Ausgestaltung des Wahlverfahrens zu stark einschränken. Deshalb reichten beide Kantone beim eidgenössischen Parlament Standesinitiativen ein. In der Tat hatte das Bundesgericht die Anforderungen ans Wahlsystem in den letzten Jahren immer mehr präzisiert. "Grundsätzlich legt es Wert darauf, dass die Stimmen aller Wählerinnen und Wähler in gleicher Weise zum Wahlergebnis beitragen und bei der Mandatsverteilung berücksichtigt werden. Unter dem Titel «Proporzwahlrecht» sollen nicht faktische Majorzwahlen durchgeführt werden dürfen" schreibt SRF1, Regionaljournal Zentralschweiz. Der Proporz bei kantonalen Wahlen solle grundrechtskonform angewendet werden, argumentierte sie. Bei zu kleinen Wahlkreisen könne etwa mit Wahlkreisverbänden oder speziellen Verteilungsregeln ein Ausgleich geschaffen werden.

Diese Argumentation überzeugte den Nationalrat leider nicht. Mit 93 zu 90 Stimmen bei 2 Enthaltungen, wurde beschlossen auf die Vorlage einzutreten – gegen die Kommission und gegen unseren Willen.

Gleichstellungsgesetz

Das [Gleichstellungsgesetz](#) beschäftigt sich mit Diskriminierungen im Erwerbsleben und gilt für alle Anstellungsverhältnisse in der Privatwirtschaft wie auch in öffentlichen Verwaltungen und Institutionen. Es stützt sich auf den Gleichstellungsartikel [Art. 8 Abs. 3 Bundesverfassung](#). Als Zweck des Gesetzes ist ausdrücklich «die Förderung der tatsächlichen Gleichstellung von Frau und Mann». Mit 108 (inkl. der beiden EVP Stimmen) zu 84 Stimmen bei 2 Enthaltungen beschloss der Nationalrat, dass grosse Unternehmen künftig prüfen müssen, ob sie Männern und Frauen gleich viel zahlen. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat diese Massnahme gegen Lohndiskriminierung gutgeheissen. Er verwässerte das Gesetz aber. So sollen Unternehmen statt bereits ab 50 erst ab 100 Vollzeitstellen zu Lohnanalysen verpflichtet werden. Zudem sollen Lernende nicht angerechnet werden. Gescheitert sind zum Glück die SVP und die FDP mit dem Versuch, eine stufenweise Erhöhung des Frauenrentenalters auf 65 Jahre im Gesetz zu verankern. Beide Parteien hatten gar nicht erst auf die Vorlage eintreten wollen. Sie konnten ihre Mehrheit im Rat aber nicht ausspielen. Die Vorlage geht nun wieder zurück an den Ständerat.

Treffen mit dem Dalai Lama

Während der Herbstsession weilte der Dalai Lama für vier Tage in der Schweiz. Anlass des Besuchs war das 50-Jahr-Jubiläum des Tibet-Instituts im zürcherischen Rikon. Am Sonntag fand er Zeit für ein gemeinsames Mittagessen mit einer kleinen Gruppe von NationalrätInnen (inkl. Marianne) der parl. Gruppe Tibet-Schweiz.



In der Schweiz leben heute etwa 6000 Tibeterinnen und Tibeter. Es ist die grösste Tibetergemeinschaft ausserhalb Asiens. Sie gelten als gut integrierte Gruppe, und viele aus der ersten und zweiten Generation haben unterdessen das Schweizer Bürgerrecht erlangt. Seit 2005 wurde der Dalai Lama vom Bundesrat nicht mehr empfangen – mit dem Argument, man wolle keine Kontroverse anheizen und die recht häufigen Besuche des Dalai Lama nicht unnötig politisieren. Dies vor dem Hintergrund massiven diplomatischen Drucks von China auf Regierungen weltweit mit dem Ziel, offizielle Empfänge des Dalai Lama zu verhindern. Die Parlamentarierinnen setzen da andere Zeichen und setzen sich auch ein für die Verbesserung der teilweise prekären Situation von tibetischen Flüchtlingen in der Schweiz.

Tabakmotion knapp gescheitert

Motion Gugger «Kinder und Jugendliche vor der Tabakwerbung in den klassischen und digitalen Medien schützen» (17.4268)

Zu Beginn und vor der Session investierte Nik Stunden in die Tabakmotion. Er schrieb alle Nationalräte auch persönlich an und erklärte, was die Tabakindustrie für Methoden benutzt, um an die Jugendlichen zu kommen. Die Motion wollte möglichst schnell eine Lücke schliessen, die es bis jetzt den Tabakwarenproduzenten ermöglicht, Jugendliche sowohl in «klassischen» Medien wie auch im schnell wachsenden Markt der digitalen Medien mit Tabak- und nikotinhaltigen Waren zu umwerben. Der Bundesrat war bereit, die Motion anzunehmen. „Dank“ starker Lobbyarbeit der Tabakindustrie gegen die Motion hat eine sehr knappe Mehrheit des Nationalrates die Motion abgelehnt. Diese Nationalräte zeigten damit, dass sie nicht willens sind, Minderjährige vor Tabakprodukten effektiver schützen zu wollen. Die Schweiz bleibt damit das Schlusslicht in Europa beim Thema Tabakwerbung. Sie ist noch weit entfernt vom Ziel der Allianz für ein starkes Tabakproduktegesetz, einem umfassenden Werbe- und Sponsoringverbot für Tabakwaren. Siehe dazu auch: <https://www.nau.ch/nik-gugger-evp-fordert-tabak-werbeverbot-fur-influencer-65420457>

Wenn Sie wissen möchten, wer wie stimmte, klicken sie hier:

https://www.parlament.ch/poly/Abstimmung/50/out/vote_50_17517.pdf

Bald regulierte Abgabe von Cannabis?

Was im Juli dieses Jahres vom Nationalrat in einer gleichlautenden Motion noch knapp abgelehnt wurde, fand jetzt eine ebenso knappe Mehrheit von Befürwortern. Wissenschaftliche Studien zu Cannabis sollen nach Ansicht des Nationalrats nun doch erlaubt werden. Die grosse Kammer hat vier gleichlautende Vorstösse für eine Lockerung im Umgang mit Cannabis mit 98 zu 92 Stimmen bei 2 Enthaltungen knapp angenommen. Die Vorstösse verlangen, dass ein Experimentierartikel im Betäubungsmittelgesetz verankert wird, um Versuche zur regulierten Abgabe von Cannabis zu ermöglichen. Die Motionäre versprechen sich davon wertvolle Impulse für die Bewältigung der Probleme im Umgang mit Cannabis. Der Bundesrat hat bereits eine Gesetzesänderung angestossen. Wir von der EVP ärgern uns über diese Entwicklung. Einerseits geben wir für die Tabakprävention Millionen von Steuerfranken aus, um Menschen von der Tabaksucht zu befreien. Andererseits wurden nun faktisch Millionen freigegeben, um Menschen über den Cannabiskonsum dem Suchtverhalten zuzuführen und das auch noch wissenschaftlich zu untersuchen.



[Das Votum Nik Gugger finden](#)
[Sie hier >>>>](#)



Waffenexportverbot, gelbe Karte für den Bundesrat

In Zukunft soll das Parlament über die Kriterien zur Bewilligung von Waffenexporten entscheiden. Das hat der Nationalrat so beschlossen. Er hat eine Motion der BDP-Fraktion angenommen. Stimmt auch der Ständerat zu, wird nicht mehr der Bundesrat zuständig sein. Der Vorstoss wurde mit 97 zu 82 Stimmen bei 11 Enthaltungen gutgeheissen. Damit bleibt im Moment offen, ob die geltenden Bestimmungen gelockert werden. Der Entscheid liegt nun in den Händen des Parlaments, sofern der Ständerat dem Nationalrat folgt.

Votum Marianne Streiff EVP

„Der Beschluss des Bundesrates und der Sicherheitspolitischen Kommissionen, künftig Waffenexporte in Bürgerkriegsländer zu erlauben, hat in weiten Teilen der Bevölkerung Fassungslosigkeit ausgelöst. Auch bei unseren Parteimitgliedern.

Die Delegierten der EVP Schweiz haben dem Bundesrat in einem offenen Brief ihre Bestürzung darüber mitgeteilt. Es kann nicht sein, dass der offiziellen Schweiz die Gewinnmaximierung der eigenen Rüstungsindustrie wichtiger sein soll als ethisches Handeln und unsere humanitäre Tradition. Und vor allem: wichtiger als Menschenleben in Kriegsgebieten, die von Zerstörung, Leid und Verzweiflung wahrhaftig bereits genug geschlagen sind.

Die Schweiz kann nicht mit der einen Hand bewaffneten Konfliktparteien ihre guten Dienste als neutrale und unparteiische Vermittlerin anbieten, während sie mit der anderen Hand Waffen in Bürgerkriegsregionen liefert. Das ist in höchstem Masse unglaublich und unethisch.

Innert weniger Tage haben mehr als 45'000 Menschen den Aufruf der Allianz gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer unterzeichnet und ihre Unterstützung für eine entsprechende Initiative zugesagt. Das zeigt deutlich: Die Schweizerinnen und Schweizer wollen sich nicht am Elend der Menschen in Bürgerkriegsländern bereichern! Sie wollen ihre Landessicherheit nicht mit dem Leid und dem Leben der Zivilbevölkerung in Bürgerkriegsregionen erkaufen! Ich ersuche den Bundesrat eindringlich, die Lockerungen der Exportbestimmungen für Kriegsmaterial zurückzunehmen.

Und ich bitte Sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, die Motion der BDP-Fraktion zur „Verbreiterung der demokratischen Basis von Waffenexporten“ zu unterstützen. Derart weitreichende Entscheidungen über Waffenexporte gehören auf Gesetzesebene verankert. Nur so ermöglichen wir eine wirksame parlamentarische Kontrolle sowie über den Weg des Referendums auch den Mitentscheid des Souveräns.“



Bei zwei parlamentarischen Initiativen konnte Marianne als Kommissionssprecherin agieren:

1. Keine neue Auflagen für die Einbürgerung

Der Nationalrat ist gegen neue Auflagen für die Einbürgerung. Er hat eine parlamentarische Initiative abgelehnt, die verlangte, dass für eine Einbürgerung die Identität zweifelsfrei geklärt werden muss. Es sei vorgekommen, dass Gemeindebehörden Personen mit dem Vermerk "Staatsangehörigkeit ungeklärt" zur Einbürgerung vorgeschlagen hätten, berichtete Claudio Zanetti (SVP/ZH). Die Mehrheit ist jedoch überzeugt, dass die Identität bei der Einbürgerung sehr wohl bekannt ist. Die Staatsangehörigkeit ist ungeklärt, wenn die Herkunftsregion nicht als Staat anerkannt ist oder wenn der Staat nicht mehr existiert.

[Votum Marianne Streiff >>>](#)

2. Keine neue Hürden bei erleichterter Einbürgerung

Kinder der dritten Ausländergeneration sollen grundsätzlich auch dann erleichtert eingebürgert werden können, wenn ihre Eltern Sozialhilfe beziehen. Der Nationalrat will das nicht ausschliessen. Er folgte seiner Staatspolitischen Kommission und lehnte eine parlamentarische Initiative von SVP-Nationalrätin Barbara Steinemann (ZH) mit 112 zu 67 Stimmen ab. Damit ist das Anliegen vom Tisch. Eine Mehrheit der grossen Kammer argumentierte, dass es den Kindern nicht zur Last gelegt werden dürfe, wenn ihre Eltern Sozialhilfe beziehen. Die Jugendlichen könnten trotzdem gut integriert sein und sich um eine Ausbildung bemühen.

[Votum Marianne Streiff >>>](#)

Parlamentarische Freundschaftsgruppen

Gründung der Parlamentarischen Gruppe Schweiz – Indien

Es gibt verschiedene Parlamentarische Freundschaftsgruppen zwischen der Schweiz und anderen Ländern.

Zweck dieser Gruppen sind die Freundschaften, Handel, Tourismus, Bildung und die Entwicklungshilfe zu pflegen.

Indien fehlte noch ... Zum Glück haben wir ja Nik.

Am Gründungsanlass in der dritten Woche richtete er einen Apéro als Kick-off aus. Der Präsident der Schweiz-indischen Handelskammer und eine hochrangige Botschaftsangestellte kamen extra ins Bundeshaus. Nik präsidiert diese Gruppe. Kapp 20% der Parlamentarierinnen und Parlamentarier haben sich innerhalb von 2 Tagen in die Gruppe eingeschrieben.



2. Besuch einer Parlamentarischen Gruppe aus Armenien

Eine offizielle Delegation mit dem Ratspräsidenten aus Armenien besuchte während der Session die Schweiz. Als Co-Präsidentin der parlamentarischen Gruppe Schweiz-Armenien durfte Marianne das Gespräch zwischen den Delegationen der beiden Parlamente leiten. Ein spannender Austausch fand statt.

Rücktritte im Bundesrat

Mit Johann Schneider Ammann und Doris Leuthard haben gleich zwei Mitglieder unseres Bundesrates auf Ende Jahr ihren Rücktritt bekannt gegeben. Wir danken ihnen für ihren Einsatz und ihr grosses Engagement für unser Land ganz herzlich!

In dieser Session eingereichte Vorstösse

Nik Gugger

Cyberintelligenz und Cyberresilienz

<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20185585>

Marianne Streiff

Zukunft der Gesundheitsaussenpolitik

<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20185580>



Für Ihr Interesse an unserer Arbeit und für all Ihre Unterstützung danken wir Ihnen, liebe Leserinnen und Leser herzlich.

*Impressum:
Verfasst und gestaltet von
Marianne Streiff und Nik
Gugger*

*Versand: Geschäftsstelle
der EVP Schweiz*

